**Aufforderung
zur Einreichung von Kreiswahlvorschlägen
für die am 22. September 2013 stattfindende Wahl
zum 19. Hessischen Landtag in den Wahlkreisen**

32 - Main-Taunus I (Bad Soden am Taunus, Eppstein, Eschborn, Kelkheim (Taunus), Liederbach am Taunus, Schwalbach am Taunus und Sulzbach (Taunus))

33 - Main-Taunus II (Flörsheim am Main, Hattersheim am Main, Hochheim am Main, Hofheim am Taunus und Kriftel)

1. Aufforderung zur Einreichung

Die Landesregierung hat nach § 1 Abs. 2 des Landtagswahlgesetzes (LWG) in der Fassung vom 07.04.2006 (GVBl. I S. 110), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.12.2011 (GVBl. I S. 786, 801) durch Verordnung vom 13.03.2013 (GVBl. I S. 94) den 22. September 2013 zum Wahltag für die Wahl zum 19. Hessischen Landtag bestimmt.

Gemäß § 27 der Landeswahlordnung (LWO) in der Fassung vom 26.02.1998 (GVBl. I S. 101, 167), zuletzt geändert durch Verordnung vom 27.12.2011 (GVBl. I S. 927, 928), ber. (GVBl. 2012 S. 20) fordere ich hiermit zur möglichst frühzeitigen Einreichung von Kreiswahlvorschlägen für die Landtagswahl auf.

2. Wahlvorschlagsrecht

Gem. § 18 Abs. 1 (LWG) können Wahlvorschläge von Parteien oder Wählergruppen eingereicht werden.

3. Aufstellung von Bewerberinnen bzw. Bewerbern

3.1 Die folgenden Ausführungen zu Bewerberinnen/Bewerbern gelten jeweils analog für Ersatzbewerberinnen/Ersatzbewerber gem. § 19 Abs. 1 LWG.

3.2 Als Bewerberin/Bewerber kann nur aufgestellt werden, wer wählbar ist (§ 4 LWG) und in einer Versammlung der Partei oder Wählergruppe in dem betreffenden Wahlkreis in geheimer Abstimmung gewählt worden ist. Zu der Versammlung sind die Mitglieder oder eine der Mitgliederzahl oder der Satzung entsprechende Zahl von Vertreterinnen/Vertretern einzuladen. Die Mitglieder oder Vertreterinnen/Vertreter, die die Bewerberinnen/Bewerber wählen, müssen nicht selbst zum Landtag wahlberechtigt sein; ihre Stimmberechtigung richtet sich ausschließlich nach der Satzung der Partei oder Wählergruppe. Den stimmberechtigten Teilnehmerinnen/Teilnehmern der Versammlung muss die Möglichkeit gegeben werden, Vorschläge für die Wahl zu unterbreiten, und den Bewerberinnen/Bewerbern ist Gelegenheit zu geben, sich und ihr Programm der Versammlung in angemessener Zeit vorzustellen.

Auf die §§ 19 und 22 LWG wird besonders hingewiesen. Wer sich als Bewerberin/ Bewerber für eine Wahl aufstellen lässt, obwohl die Wählbarkeitsvoraussetzungen nicht vorliegen, macht sich gem. § 107 b Abs. 1 Nr. 4 StGB strafbar.

3.3 In Landkreisen und kreisfreien Städten, die mehrere Wahlkreise umfassen, können die Bewerberinnen/Bewerber in einer gemeinsamen Mitglieder- oder Vertreterversammlung gewählt werden.

4. Vertrauenspersonen gem. § 19 Abs. 4 LWG

In jedem Kreiswahlvorschlag sind eine Vertrauensperson und eine stellvertretende Vertrauensperson, die nicht Bewerberinnen, Bewerber, Ersatzbewerberinnen oder Ersatzbewerber sein dürfen, namhaft zu machen. Sie werden von der Versammlung benannt, die den Kreiswahlvorschlag aufstellt. Die Nominierungsversammlung kann auch Vorsorge für den Fall treffen, dass die Vertrauensperson bzw. deren Vertreter stirbt oder abberufen werden muss, und Ersatz-Vertrauenspersonen bestellen.

5. Inhalt und Form der Kreiswahlvorschläge

5.1 Die folgenden Ausführungen zu Bewerberinnen/Bewerbern gelten jeweils analog für Ersatzbewerberinnen/Ersatzbewerber gem. § 19 Abs. 1 LWG.

5.2 Der Kreiswahlvorschlag soll nach dem Muster der Anlage 6 zur LWO eingereicht werden und muss enthalten (siehe § 28 LWO):

a) Familienname, Rufname, Beruf oder Stand, Tag der Geburt, Geburtsort und Anschrift (Hauptwohnung) der Bewerberin / des Bewerbers

b) den Namen der einreichenden Partei oder Wählergruppe und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese

c) Namen und Anschriften der Vertrauensperson und ihrer Stellvertretung

5.3 Eine Bewerberin / ein Bewerber kann nur in einem Wahlkreis und hier nur in einem Kreiswahlvorschlag benannt werden. Als Bewerberin/Bewerber kann nur vorgeschlagen werden, wer seine Zustimmung hierzu schriftlich erteilt hat; die Zustimmung ist unwiderruflich. Gem. § 19 Abs. 3 LWG müssen Kreiswahlvorschläge, die von einer Partei eingereicht werden, von dem zuständigen Landesvorstand unterzeichnet sein. Dies gilt sinngemäß auch für Kreiswahlvorschläge von Wählergruppen. Kreiswahlvorschläge von Parteien oder Wählergruppen, die seit der letzten Landtagswahl nicht mit mindestens einem Abgeordneten ununterbrochen im Landtag vertreten waren, müssen außerdem von mindestens 50 Wahlberechtigten des Wahlkreises persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein; die Wahlberechtigung muss im Zeitpunkt der

Unterzeichnung gegeben sein. Muss ein Kreiswahlvorschlag von mindestens 50 Wahlberechtigten unterzeichnet sein, sind die Unterschriften auf amtlichen Formblättern nach dem Muster der Anlage 7 zur LWO in der in § 28 Abs. 2 LWO festgelegten Form zu erbringen. Diese Formblätter werden von mir auf Anforderung kostenfrei geliefert. Bei der Anforderung sind Familienname, Rufname und Anschrift (Hauptwohnung) der Bewerberin / des Bewerbers und die Bezeichnung der Partei oder Wählergruppe und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese anzugeben. Parteien und Wählergruppen haben bei der Anforderung der Formblätter ferner die Aufstellung der Bewerberin / des Bewerbers in einer Mitglieder- oder Vertreterversammlung nach § 22 LWG zu bestätigen. Die Wahlberechtigten, die einen Kreiswahlvorschlag unterstützen, müssen die Erklärung auf dem Formblatt persönlich und handschriftlich unterzeichnen; zudem sind Familienname, Vorname, Tag der Geburt und Anschrift (Hauptwohnung) der Unterzeichnerin / des Unterzeichners sowie der Tag der Unterzeichnung anzugeben.

Für jede Unterzeichnerin / jeden Unterzeichner ist auf dem Formblatt oder gesondert eine Bescheinigung der zuständigen Gemeindebehörde beizufügen, dass sie/er im betreffenden Wahlkreis wahlberechtigt ist. Gesonderte Bescheinigungen des Wahlrechts nach dem Muster der Anlage 8 zur LWO sind vom Träger des Wahlvorschlages bei der Einreichung des Kreiswahlvorschlages mit den Unterstützungsunterschriften zu verbinden. Eine Wahlberechtigte / ein Wahlberechtigter darf nur einen Kreiswahlvorschlag unterzeichnen; hat jemand mehrere Kreiswahlvorschläge unterzeichnet, so ist ihre/seine Unterschrift auf allen Kreiswahlvorschlägen ungültig. Kreiswahlvorschläge von Parteien oder Wählergruppen dürfen erst nach Aufstellung der Bewerberin / des Bewerbers durch die Mitglieder- oder Vertreterversammlung unterzeichnet werden; vorher geleistete Unterschriften sind ungültig.

5.4 Dem Kreiswahlvorschlag sind folgende Anlagen beizufügen:

- a) die Erklärung der Bewerberin / des Bewerbers nach dem Muster der Anlage 9 zur LWO, dass sie/er ihrer/seiner Aufstellung zustimmt und für keinen anderen Kreiswahlvorschlag ihre/seine Zustimmung zur Benennung als Bewerberin/ Bewerber gegeben hat,
- b) eine Bescheinigung der zuständigen Gemeindebehörde nach dem Muster der Anlage 10 zur LWO, dass die Bewerberin / der Bewerber wählbar ist,
- c) eine Ausfertigung der Niederschrift über die Beschlussfassung der Mitglieder- oder Vertreterversammlung (Muster der Anlage 11 zur LWO), in der die Bewerberin / der Bewerber aufgestellt worden ist, mit den nach § 22 Abs. 6 S. 3 LWG vorgeschriebenen Versicherungen an Eides statt,
- d) die erforderliche Zahl von Unterstützungsunterschriften nebst Bescheinigungen des Wahlrechts der Unterzeichnerinnen/Unterzeichner - siehe Muster der Anlage 7 zur LWO -, sofern der Kreiswahlvorschlag von mindestens 50 Wahlberechtigten des Wahlkreises unterzeichnet sein muss.

6. Einreichungsfrist und Einreichungsstelle

Kreiswahlvorschläge müssen spätestens bis zum

18. Juli 2013, 18.00 Uhr,

bei mir unter folgender Anschrift schriftlich eingereicht werden:

**Der Kreiswahlleiter für die Wahlkreise 32 und 33 (Landratsamt, Zimmer 3.049),
Am Kreishaus 1- 5, 65719 Hofheim a. Ts.**

Dort sind auch die amtlichen Vordrucke erhältlich. Alle Vordrucke sind - mit Ausnahme der Anlage 7 zur LWO - auch in dem Internetangebot des Landeswahlleiters unter der Adresse www.wahlen.hessen.de verfügbar.

Die Einreichungsfrist ist eine gesetzliche Ausschlussfrist; eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist ausgeschlossen (§ 53 Abs. 1 LWG).

65719 Hofheim am Taunus, den 22.04.2013

Der Kreiswahlleiter
für die Wahlkreise 32 und 33

Gez.
Michael Cyriax
Landrat